



Liebe Parteifreundinnen,

in der öffentlichen Wahrnehmung ist die Alternative für Deutschland oft eine angeblich von (alten) Männern dominierte Partei, in der Vertreter von rückwärtsgewandten, frauenfeindlichen Positionen viele Anhänger haben. Wie wir alle wissen, ist dies eine falsche Wahrnehmung. Jedoch ist es richtig, dass nur ca. 10% unserer Mitglieder Frauen sind und dass auch unter unseren Wählern Frauen unterrepräsentiert sind.

Eine Gruppe von Frauen hat sich daher zusammen gefunden, um das frauenpolitische Profil unserer Partei zu schärfen und unsere Forderungen in diesem Politikfeld klarer heraus zu stellen.

Als ersten Schritt haben wir dafür 10 Gedanken formuliert, die wir mit Unterstützung des Bundesvorstandes der Mitgliedschaft vorlegen möchten, um ein Meinungsbild einzuholen. Diese Gedanken erheben keinen Anspruch darauf, unsere frauenpolitischen Positionen schon in der Gesamtheit abzudecken, sondern sollen als ein Anfang gedacht sein. Ein Anfang, mit dem wir uns erhoffen, auf breiten Zuspruch zu treffen, zunächst bei den Frauen in der AfD, später dann bei der Partei als Ganzes.

In einem zweiten Schritt sollen konkrete politische Maßnahmen erarbeitet werden. Dies kann im Rahmen einer eigenen Arbeitsgruppe geschehen, besser aber Eingang finden in die verschiedenen vorhandenen Gremien und Fachausschüsse, deren Politikfelder hier berührt werden.

Wir bitten Sie alle nun, sich unsere „10 Gedanken zur Frauenpolitik“ anzusehen und uns eine Rückmeldung dazu zu geben, ob Sie diesen Positionen im Wesentlichen zustimmen können.

Mit freundlichen Grüßen

Anke Tischler
RV Hannover, LV Niedersachsen

Antje Scheel
Bezirksgruppe Treptow-Köpenick, Berlin

Prof. Dr. Karin Kaiser
KV Plön, LV Niedersachsen

Dorothea Lucke
KV Harburg, LV Niedersachsen

Beate Forner
KV Leverkusen, LV Nordrhein-Westfalen

Sitz und Postanschrift:
Alternative für Deutschland
Schillstraße 9
10785 Berlin

Sprecher:
Prof. Dr. Bernd Lucke
Dr. Frauke Petry
Dr. Konrad Adam

Bundesgeschäftsführer:
Frank-Christian Hansel
Georg Pazderski

Bankverbindung:
Sparkasse Oberhessen
Kto. 271 155 51
BLZ 518 500 79
IBAN DE 16 51850079 0027 1155 51
BIC HELADEF1FRI

Kontakt:
T: 030 2655837-0
F: 030 2655837-29
W: www.alternativefuer.de

Frauen in der AfD – 10 Gedanken zur Frauenpolitik

In den Leitlinien der Alternative für Deutschland wird in Punkt 1 formuliert:

„Die AfD strebt die Gleichberechtigung der Geschlechter an und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Für uns als Frauen in der AfD folgt daraus Handlungsbedarf in verschiedenen Politikfeldern. Wir haben Positionen formuliert, in deren Sinne in verschiedenen Gremien und Fachausschüssen konkrete politische Konzepte erarbeitet werden sollten.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden auf dem Gebiet der Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Männern und Frauen große Fortschritte gemacht. Benachteiligungen von Frauen kommen heutzutage insbesondere dort zum Tragen, wo es gilt, Familie und Berufstätigkeit in einem Lebenskonzept zu verbinden. Probleme ergeben sich sowohl, wenn Familie und Beruf gleichzeitig gelebt werden sollen, als auch, wenn nach Phasen der Kindererziehung Phasen der Berufstätigkeit folgen sollen. Nachwirkungen dieser Probleme setzen sich bis ins Rentenalter fort.

1. Die AfD fordert Maßnahmen ein, um in den verschiedenen Lebensphasen Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Dabei unterstützt es die AfD ausdrücklich, dass Frauen und Männer selbst entscheiden, ob und wie lange sie im Rahmen ihrer Familienplanung beruflich zurückstecken. Erziehungs- und Familienzeiten sind wertvolle gesamtgesellschaftliche Aufgaben und bedürfen einer ausreichenden finanziellen Unterstützung. Dafür müssen Familien in Phasen der Erziehungszeiten finanziell entlastet werden. Dies kann in Form von Transferleistungen (Kindergeld, Elterngeld etc.) oder durch eine Reform der Steuergesetzgebung erfolgen.

2. Das Elterngeld in seiner jetzigen Form verhindert - entgegen seiner Intention - häufig, dass Familien sich nach dem ersten Kind für ein weiteres Kind entscheiden.

Die AfD fordert, das Elterngeld so umzugestalten, dass Eltern ermutigt werden, ein zweites oder drittes Kind zu bekommen und auch längere Erziehungsphasen wahrzunehmen. Dafür kann es sinnvoll sein, das Elterngeld aufkommensneutral auf einen längeren Zeitraum zu strecken oder die Höhe seiner Zahlung weniger an das Einkommen unmittelbar vor der Geburt des Kindes zu binden.

3. Der Wiedereinstieg in den Beruf nach Erziehungsphasen muss durch geeignete Maßnahmen erleichtert werden. Frauen sollen durch Unterstützung bei Aus- und Weiterbildung sowie der Lösung von Organisationsproblemen im Familienalltag auch nach langjährigen beruflichen Pausen wieder in adäquate Berufe zurückkehren können.

Die AfD sieht hier ausdrücklich auch die Arbeitgeber in der Verantwortung.

4. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss durch flexible Arbeitsplatzmodelle und Kinderbetreuungsmöglichkeiten gefördert werden. Insbesondere in der Kleinkindphase, aber auch als Flankierung der Betreuung in Kindertagesstätten und offenen Ganztagschulen, sind familiennahe Betreuungsmodelle zu unterstützen.

Frauen in der AfD – 10 Gedanken zur Frauenpolitik

5. Analoge Probleme zeigen sich bei Zeiten der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger. Die momentane finanzielle und rechtliche Ausgestaltung der Pflege durch Angehörige hält die AfD darum für nicht ausgereift.

6. Als Zuwanderungsland sollte in Deutschland ein besonderes Gewicht darauf gelegt werden, dass in Familien mit Migrationshintergrund beide Elternteile ihre sprachlich-kulturellen Hürden überwinden, um so am gesellschaftlich-beruflichen Leben teilhaben zu können. Bisher sind es oft die Frauen, die als Hausfrauen oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen ohne adäquate Integration ins gesellschaftliche Leben bleiben. Migrantinnen, die sprachlich-kulturelle Hürden erfolgreich überwinden, wirken als primäre Erziehungspersonen auch integrationsfördernd auf die Entwicklung ihrer Kinder.

7. Die AfD setzt sich für einen verbesserten Schutz des ungeborenen Lebens ein. Schwangeren in Konflikt- und Notsituationen muss durch verlässliche finanzielle, soziale und persönliche Unterstützung die Entscheidung für ihr Kind erleichtert werden. Gerade denen, die sich in prekären wirtschaftlichen oder familiären Situationen für ihr Kind entscheiden, gebührt unsere Anerkennung und Unterstützung.

Durch die Reform der §§ 218 f im Jahre 1993 wurde ein gesellschaftlicher Kompromiss auf einem sehr schwierigen Feld der Rechtsprechung gefunden. Auch wenn es in unserer Gesellschaft Menschen gibt, die sich eine restriktivere Regelung wünschen, ist die Alternative für Deutschland davon überzeugt, dass ein Rückgang der Abtreibungszahlen nicht durch Verbote, sondern nur durch eine bessere Aufklärung über Verhütung und Schwangerschaft und eine breitere Unterstützung der Schwangeren durch alle Teile der Gesellschaft zu erreichen ist.

8. Viele Aspekte des Berufslebens haben auf Frauen und Männer unterschiedliche Auswirkungen. Schon in der Schule ist zu beobachten, dass Mädchen und Jungen unterschiedlich lernen. Im Rahmen der Gesetzgebung, der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik müssen diese Unterschiede berücksichtigt werden, um die Chancengleichheit der Geschlechter zu fördern.

9. Bei gleicher wöchentlicher Arbeitszeit und vergleichbarer Qualifikation erreichen Frauen statistisch ein niedrigeres durchschnittliches Einkommen als Männer, da sie bevorzugt soziale und andere Dienstleistungsberufe wählen, die durchschnittlich geringer entlohnt werden als die oft von Männern bevorzugten Berufe aus dem MINT-Bereich.

Die AfD fordert, schon in der Schulbildung und Berufswahl das Interesse von Mädchen und jungen Frauen an Berufen aus dem technisch-naturwissenschaftlichen Bereich zu fördern und gleichzeitig die Wertschätzung der für unsere Gesellschaft so wichtigen sozial-pflegerischen Berufe zu erhöhen.

10. Die AfD fordert, die Rentengesetzgebung dahingehend zu verändern, dass Eltern in der Beitragsphase stärker entlastet und geleistete Erziehungszeiten in der Rentenhöhe besser berücksichtigt werden. Beispielhaft sei hier eine Anpassung des Rentenbeitragssatzes in Abhängigkeit von der Kinderzahl genannt.

Ich unterstütze die **10 Gedanken zur Frauenpolitik**

22. Juli 2014

Anke Tischler, RV Hannover, LV Niedersachsen

Antje Scheel, Bezirksgruppe Treptow-Köpenick, Berlin

Prof. Dr. Karin Kaiser, KV Plön, LV Niedersachsen

Dorothea Lucke, KV Harburg, LV Niedersachsen

Beate Forner, KV Leverkusen, LV Nordrhein-Westfalen

Name, Vorname	KV, LV	Datum, Unterschrift

